№ 574. Abendblatt.
Montag, 8. Dezember.

Die „Volks-Zeitung" erscheint täglich zwei Mal mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Festtagen.
Chef-Redakteur: Karl Vollrath in Berlin.
Redaktion und Haupt-Expedition: W. Lützowstraße 105.
Annahmestellen für Abonnements u. Inserate: W. Kronenstraße 46, O. Str. Frankfurterstr. 87, SO. Kottbuserstr. 1, S. Kommandantenstr. 58, N. Chausseestr. 67, C. Neue Schönhauserstr. 5, SO. Köpenickerstr. 116, Rudorf, Berlinerstr. 73 Schöneberg, Colonnenstr. 4.
Druck und Verlag: „Gutenberg", Druckerei und Verlag, Act.-Ges. Berlin W., Lützowstraße 105.

Volks-Zeitung.

Organ für Jedermann aus dem Volke.

Gratis-Beilage: „Gutenberg's Illustrirtes Sonntagsblatt."

Berlin.
1902. — 50. Jahrgang.

Abonnementspreis für Berlin:
Vierteljährlich zwei Mal täglich pugestellt 4,50 M
nur Morgens „ 4,— „
Monatlich zwei Mal täglich „ 1,50 „
„ nur Morgens „ 1,35 „
Wöchentlich 35 Pfennig.
Beim Bezuhabholen aus der Expedition:
Quartal 3,25 M., Monat 1,10 M., Woche 30 Pf.
Einzelne Nummer: 10 Pfennig.
Bei allen Deutschen Postanstalten:
pro Quartal 4,50 M., monatlich 1,50 M.
Postpreisliste Nr. 7856.
Insertionsgebühr:
für die gewöhnliche Zeile 40 Pfennig.

Was wird werden?

Die parlamentarischen Staatsstreichler, die morgen mit dem Antrage Gröber ihr Werk des Umsturzes von parlamentarischer Ordnung, von Recht und Gerechtigkeit krönen wollen und die mit der Annahme dieses Antrages den Gipfel der Gewalttätigkeit erreicht haben werden, fühlen sich anscheinend nicht wohl in ihrer schlechten Sache und zweifeln daran, daß diese siegen wird. Dem „Hann. Cour." wird aus Berlin gemeldet:

„Die Mehrheit hat nunmehr jede Hoffnung auf Verabschiedung des Zolltarifs in dritter Lesung vor Weihnachten aufgegeben, man wird zufrieden sein, wenn es gelingt, Ende nächster Woche die zweite Plenarberathung mit der Annahme des Antrages Kardorff zum Abschluß zu bringen. Da in der Woche vor dem Weihnachtsfest erfahrungsgemäß an ein beschlußfähiges Haus nicht zu denken ist, sollen alsdann die Ferien beginnen und die dritte Lesung des Zolltarifs nach der ersten Elatsberathung in der zweiten Hälfte des Januar in Angriff genommen werden. Man hat zu viel Zeit versäumt (also hat die „Obstruktion" Recht gehabt mit ihrem Vorgehen! Red.) und sieht infolgedessen überhaupt pessimistisch in die nächste Zukunft. Es wird vielfach befürchtet, daß die Verschiebung der dritten Lesung des Zolltarifs in das nächste Jahr gleichbedeutend sei mit dem endgiltigen Scheitern der Vorlage.

Die Minderheit wird aus diesem Zagen der Zöllner neuen Muth schöpfen, um auch die Beendigung der zweiten Lesung vor Weihnachten unmöglich zu machen.

Andererseits wird offiziös den Agrariern abgewinkt, die mit Heftigkeit auf eine Kündigung der Handelsverträge bis zum Ende des Jahres hindrängen. Die „Nordd. Allg. Ztg." erklärt:

In mehreren Blättern werden irreführende Angaben über die Stellung der verbündeten Regierungen zur Frage der Kündigung der Handelsverträge über bereits schwebende Handelsvertragsverhandlungen mit anderen Staaten und endlich über eine „neue Militärvorlage" als „Wahlparole" verbreitet. Alle diese Behauptungen, deren Absicht leicht zu durchschauen ist, sind aus der Luft gegriffen.

Die „neue Militärvorlage" wollen wir vorläufig dahingestellt sein lassen. Was über das Dementi der „bereits schwebenden Handelsvertragsverhandlungen mit anderen Staaten" betrifft, so wird uns aus Wien gemeldet:

Wie die „Montagsrevue" mittheilt, wird Oesterreich-Ungarn den Handelsvertrag mit Italien am 31. Dezember d. J. kündigen. Den Handelsvertrag mit Deutschland jedoch wird Oesterreich-Ungarn nicht kündigen, weil aus den neuesten Berliner Nachrichten zu entnehmen sei, daß, um Zeit und Ruhe zu den neuen Verhandlungen zu gewinnen, wahrscheinlich eine automatische Verlängerung des jetzt bestehenden Vertrages auf ein Jahr eintreten werde.

Das ist eine mittelbare Bestätigung der Thatsache, daß die deutsche Regierung an eine Kündigung ihrer Handelsverträge nicht denkt. Im übrigen ist die Bezeichnung: „Bereits schwebende Handelsvertragsverhandlungen" äußerst vorsichtig gewählt. Man kann z. B. der italienischen Regierung Zusagen über die Verzollung italienischer Gärtnereierzeugnisse machen, die durchaus nicht die äußere Form von „Verhandlungen" an sich tragen.

* * *

„Was wird werden?" Diese Frage wird sich in immer höherem Maße der Nationalliberalen bemächtigen, deren unglaubliches Verhalten nicht nur von einem großen Theile der Parteipresse scharf verurtheilt wird, sondern auch bei wissenschaftlichen Parteigrößen unverhüllte Mißbilligung findet. So verurtheilt Professor Dr. W. Lotz in München den Antrag Kardorff und die Theilnahme der Nationalliberalen an den Gewaltakten im Reichstage in den „Münch. Neuest. Nachr." schonungslos. Er schreibt:

Es liegt einfach so, daß die heutige agrarische Majorität sich bereit hat finden lassen, einen Zustand durch Zulässigerklärung des Antrages Kardorff zu schaffen, der von der Linken — und nicht nur von der Linken — als Vergewaltigung empfunden wird, und der jedenfalls mit juristisch wenig eindrucksvollen Argumenten vertheidigt wurde. Wie sich Konservative und Zentrum hiermit abfinden, ist deren Sache. Vielleicht erklärt man künftig auch in Deutschland zur Marine, was Louis Veuillot als Vorkämpfer der Ultramontanen Frankreichs einst ausgesprochen hat: „Wenn Ihr an der Herrschaft seid, verlangen wir die Freiheit, weil die Freiheit Eurer Prinzip ist; wenn wir an der Herrschaft sind, verweigern wir Euch die Freiheit, weil der Zwang unser Prinzip ist."

Jedoch die Nationalliberalen, welche in überwiegender Mehrheit — mit Ausnahme von Büsing, Dr. Esche, Hilbck, Quentin, Dr. Semler, sowie des Hospitanten Prinzen zu Carolath-Schönaich — durch Eintreten für Zulässigkeit des Antrags Kardorff mit Zentrum und Konservativen sich verbündet haben, riefen durch ihr Verhalten in weitesten Kreisen bittere Enttäuschung hervor. Mit dem freiheitlichen Zuge, der in Eisenach verkündet wurde, steht ein Vorgehen, welches für den Unbefangenen mit Wortlaut und Sinn der Geschäftsordnung so schwer vereinbar ist, in schneidendem Widerspruch. Ich habe abgewartet, ob die Kritik, die privatim aus nationalliberalen Kreisen über das Verhalten von Bassermann, Paasche, Sattler oft genug entgegentönt, zu einer energischen Protestkundgebung der lokalen Partei-Organisationen führen werde. Solche sind jedoch fast ausnahmslos bis jetzt unterblieben. Diese Unterlassung wird sich, wie ich fürchte, schwer rächen. Da halte ich es für meine Pflicht, diese Anschauung für meine Person deutlich zum Ausdruck zu bringen, und zwar in dem Augenblicke, in dem ich mich nach reiflicher Ueberlegung entschlossen habe, das Ehrenamt als Ausschußmitglied der nationalliberalen Partei München niederzulegen.

Der Liberalismus verdankt seine Entstehung dem Protest gegen Willkür im öffentlichen Leben. Sein Prinzip ist die Ersetzung der Gewalt durch das Recht. Im Kampfe hierfür ist er groß geworden und hat er seine Triumphe gefeiert. Verläßt er dieses Prinzip, so giebt er sich selbst auf, einerlei, ob er das Recht preisgiebt für Agrarzölle oder für Industriezölle oder für Handelsverträge oder zu Gunsten von Vergewaltigungsvelleitäten dieser oder jener religiösen Partei. Wenn der Liberalismus anfängt, der Gewalt statt dem Recht zu huldigen, dann hört er auf, Liberalismus zu sein.

Wird diese Mahnung bei den Nationalliberalen den Zweck haben, ihnen die Augen zu öffnen, ihnen zu zeigen, wohin sie unter der Führung der Bassermann, Sattler, Paasche gelangt sind? Auch der Anschluß des bisher wildliberal gewesenen Abgeordneten Rösicke-Dessau an die Freisinnige Vereinigung ist eine solche Mahnung. Aber wir fürchten, auch diese wird vergeblich sein, und die Nationalliberalen werden, wie die Freisinnige Volkspartei, eine neue Bestätigung des alten Weisheitsspruches liefern: Wen die Götter verderben wollen, den schlagen sie mit Blindheit.

Aus der freisinnigen Volkspartei Berlins. Der freisinnige Bezirksverein der Schönhauser und Prenzlauer Vorstadt zu Berlin hielt, wie uns aus dem Vorstande geschrieben wird, am 5. Dezember seine Vereinssitzung ab. Bei der Besprechung der Ersatzwahl im III. Berliner Landtagswahlkreise erklärte sich die Versammlung einstimmig für die Kandidatur des Stadtverordneten Rosenow. Darauf beleuchtete Dr. Moses die letzten Vorgänge im Reichstage und sprach sein Bedauern über die Haltung der freisinnigen Volkspartei aus. Die Versammlung bekundete lebhaft ihr Einverständniß mit diesen Ausführungen und ließ sich auch durch den einen Redner, der den Standpunkt der Partei vertheidigte, nicht umstimmen.

Zu dem Reichspump der Staatspump. Die Verhandlungen über den nächsten Staatshaushaltsetat sind zwischen den einzelnen preußischen Ressorts noch nicht völlig abgeschlossen; dennoch läßt sich auch schon jetzt ein Bild von seiner Gestaltung gewinnen. Wie die „Berl. Neuest. Nachr." nach einer anscheinend offiziösen Quelle berichten können, dürfte zur Balancirung mit einer erheblichen Anleihe zu rechnen sein. — Und das Alles trotz der hohen direkten und indirekten Steuern, mit denen in Preußen-Deutschland das Volk belastet ist!

Trauerfeiern für F. A. Krupp wurden gestern in den Kruppschen Betrieben zu Essen, Bochum und Kiel veranstaltet. Sie verliefen in der bei solchen Anlässen üblichen Form; Telegramme wurden an den Kaiser und Frau Margarethe Krupp abgesandt.

Die Staatsreglementirung der Sprache. In der unter dem Vorsitz des Geheimen Oberbaurathes Sarrazin gestern abgehaltenen Sitzung des Gesammtvorstandes des Deutschen Sprachvereins, zu der Vertreter aus allen Theilen Deutschlands erschienen waren, wurde beschlossen, dem Plan der Errichtung eines „Reichsamts für deutsche Sprache" näherzutreten und zur Förderung bei den zuständigen Behörden vorstellig zu werden. Die nächstjährige Hauptversammlung soll in Breslau stattfinden. In den Vorstand wurden neugewählt: Professor Dr. Brunner in München und Geh. Regierungsrath Professor Dr. Waldeyer in Berlin.

Die französischen Kammern sind gestern durch Dekret des Präsidenten geschlossen worden.

Vom französischen Seemannsstreik wird aus Marseille gemeldet, daß gestern Nachmittag eine große Versammlung der eingeschriebenen Seeleute stattfand. Sie stimmte der Festsetzung ihrer Forderungen in der von den Vertretern des Marineministers gemeinsam mit denen der Ausständigen aufgestellten Fassung mit geringen Abänderungen zu. Von den Mitgliedern des Ausschusses der Ausständigen wird erklärt, wenn die Rheder bis heute Mittag keine Antwort ertheilen, werde an sämmtliche Syndikate der eingeschriebenen Seeleute in Frankreich die bestimmte Anweisung zur Einstellung der Arbeit ergehen.

Das neue serbische Kabinet hat sich endlich auf ein Programm geeinigt. Darin heißt es: In der äußeren Politik werde die Regierung ernsthaft bestrebt sein, mit allen Großmächten, sowie den übrigen Staaten gute und korrekte Beziehungen zu unterhalten. Besondere Sorgfalt werde die Regierung der Erhaltung und Fortentwicklung des bisherigen auftrichtigen Verhältnisses zu dem brüderlichen, Serbien zugeneigten russischen Reiche zuwenden, ebenso dem Bestreben, die guten Beziehungen zur österreichisch-ungarischen Monarchie, mit der Serbien durch so viele wesentliche nachbarliche Interessen verbunden sei, zu pflegen und immer mehr zu befestigen. In der inneren Politik werde die Regierung auf dem Boden der Verfassungsmäßigkeit und Gesetzlichkeit stehen und ihr Hauptaugenmerk auf die Erhaltung strenger Ordnung im Lande richten. Sie werde Vorkehrungen treffen, damit die erfahrungsgemäß nothwendige Revision der Verfassung auf regelmäßigem Wege durchgeführt werde. Der Ordnung der Staatsfinanzen werde die Regierung größte Aufmerksamkeit schenken; sie werde durch rationelle Sparsamkeit die Staatsausgaben zu verringern suchen und ernstlich dafür sorgen, daß Serbien auch in Zukunft seinen Verbindlichkeiten pünktlich nachkomme.

Bei der Revision der Verfassung denkt sich die radikale Skupschtina sicherlich etwas ganz anderes, als die reaktionäre Regierung. Hier also wird der Zusammenprall erfolgen müssen.

Silvela's Programm wird nun bekannt gegeben. Die Cortes werden natürlich unverzüglich vertagt und später aufgelöst. Neuwahlen finden im April statt. Die Regierung wird, so heißt es weiter, die Gesetze betreffend das Versammlungs- und Vereinsrecht weiter achten, mit unerbittlicher Strenge aber gegen jede Ruhestörung einschreiten. Die Gemeinde- und Generalräthe werden im Sinne einer Dezentralisation reformirt werden. Bezüglich der Finanzen ist Villaverde's Ziel, das Gleichgewicht im Budget herzustellen und den Wechselkurs niedriger zu gestalten. Die Marine soll reorganisirt und das Schiffsmaterial wieder hergestellt werden.

Der Kampf gegen den Mullah droht auch für Italien Verwickelungen zu bringen. Der „Popolo Romano" hält bereits die Nothwendigkeit einer Mobilmachung in Erythräa für möglich, um eine Aktion herbeizuführen, die vielleicht den englischen Operationen koordinirt sein würde. Nicht umsonst, sagt das Blatt, habe der Minister des Auswärtigen den Direktor der Benadir-Gesellschaft nach Rom berufen. Man brauche indeß die Gefahr nicht zu vergrößern, zumal momentan kein Grund zu Besorgnissen sei.

„Momentan" ist ein schwacher Trost. Das aber hat man in Rom von der übereifrigen Gefälligkeit gegen England. Daß der Mullah sich revanchiren würde, war vorauszusehen.

— **Für den preußischen Lehrertag in Magdeburg** hat der geschäftsführende Ausschuß des preußischen Lehrervereins die Vorlage in der zur Berathung kommenden Besoldungsfrage folgendermaßen festgestellt:

Der 2. preußische Lehrertag erblickt das einzig wirksame Mittel zur Beseitigung der Mängel in der Lehrerbesoldung in einer Revision des Gesetzes vom 3. März 1897. Es sind folgende, in außerordentlich bescheidenen Grenzen gehaltene Aenderungen dieses Gesetzes zu erstreben:

1. Das Grundgehalt darf für Lehrerstellen nicht weniger als 1200 Mark jährlich betragen.

2. Der Einheitssatz der Alterszulagen ist für Lehrer in keinem Falle auf weniger als 150 Mark jährlich festzusetzen.

3. Die Miethsentschädigung soll ausreichen zur Beschaffung einer den Normativbestimmungen entsprechenden Wohnung. Auch die unverheiratheten Lehrer ohne eigenen Hausstand sollen von dem Zeitpunkt der Gewährung des vollen Grundgehalts ab die volle Miethsentschädigung erhalten. Wo die Miethsentschädigung oder der Werth der Dienstwohnung 300 Mark nicht erreicht, ist dafür bei der Pensionirung die Summe von 300 Mark in Anrechnung zu bringen.

4. Naturalleistungen und Landdotation sind abzulösen.

5. Der mit einem Schulamt dauernd verbundene Kirchendienst ist besonders und seinem Umfange angemessen zu besolden.

Der 2. preußische Lehrertag beauftragt den Vorstand des preußischen Lehrervereins, die Königliche Staatsregierung zu bitten, thunlichst bald eine Revision des Gesetzes vom 3. März 1897 im Sinne der vorstehenden Beschlüsse in die Wege zu leiten.

— **Prinz Oskar von Preußen erlitt,** wie aus Plön gemeldet wird, durch Abgleiten einen Unfall, der als leichter Bruch des äußersten Endes des rechten Schlüsselbeins festgestellt wurde. Nach Anlegung eines Verbandes konnte der Prinz bereits am Sonntag den Schloßpark wieder besuchen und heute dem Unterricht in der Prinzenschule wieder beiwohnen.

Paris, 7. Dezember. Einer Note der „Agence Havas" zufolge ist dem gestern der Deputirtenkammer vorgelegten Vertrage, durch welchen das französisch-siamesische Abkommen genehmigt wird, folgende Erklärung beigefügt: Die siamesische Regierung erachtet die Bestimmungen des Artikels II der Konvention vom 3. Oktober 1893 betreffend Niederlegung der Befestigungen in den Provinzen Battambang und Siemreap, sowie in dem Gebiet, das sich auf 25 Kilometer vom rechten Ufer des Mekong landeinwärts erstreckt, für endgiltig und erklärt, daß sie in diesem Gebiet und in diesen Provinzen keine neuen Befestigungen errichten werde.

Der Kriegsminister General André, der vorgestern in Nancy eingetroffen ist, empfing gestern in der Präfektur die Vertreter der Behörden. Auf eine Ansprache des Maire erwiderte der Minister, er wisse, daß man in dieser Grenzstadt mehr als überall sonst davon überzeugt sei, daß das Recht nicht allein zum Siege gelangt, sondern auf eine starke Armee gestützt sein muß. Zu den Offizieren, die der Minister empfing, bemerkte er, man müsse zwischen Ueberlieferung und Routine zu unterscheiden wissen. Frankreich, das in Sachen der Bewaffnung den anderen vorangehe, müsse auch im Punkte der Erziehung der jungen Soldaten Neues schaffen. Der junge Soldat von heute sei nicht mehr der Ersatzmann von ehemals; die jetzige Manneszucht müsse auf Ueberzeugung gegründet sein. Er rechne auf die Offiziere, daß sie den Gesetzen Gehorsam, der Republik Hingebung und der Regierung Achtung erzeigen.

Auf einem Bankett des republikanischen Verbandes des Departements Meurthe et Moselle hielt General André gestern Abend eine Rede, in welcher er ausführte, daß Lothringen nicht reaktionär sei, wie man behauptet habe. Wohl habe es einen Augenblick von denjenigen, welche behaupteten, die Vertheidiger der Armee zu sein, irregeführt werden können, aber es sei doch das Land der Jeanne d'Arc geblieben, die vom Klerus verdammt und vom Könige und den Großen des Landes, niemals aber vom Volke, verlassen war. André schloß mit einem Hoch auf die Armee und den Triumph der republikanischen Idee.

Petersburg, 7. Dezember. Laut Nachrichten aus Rostow a. Don vom 6. Dezember dauern die Arbeiterunruhen fort. Gestern wurden neue Proklamationen verbreitet. Heute früh kamen zur Arbeit mehr als 1000 Arbeiter, Nachmittags weniger. Die Verhaftungen werden fortgesetzt. Als heute Mittag die Arbeitswilligen zum Mittagsmahl gingen, wurden sie mit Steinen beworfen. Militär unterdrückte die Unruhen. An der Eisenbahnlinie nach Wladikawkas wurden 600 Soldaten, an der Linie nach Tichorjetzky 500 Soldaten eingestellt. In Tichorjetzky nähern sich die Unruhen ihrem Ende. Ein Theil der Arbeiter hat die Arbeit wieder aufgenommen. Die Ausständigen werden durch Militär ferngehalten. In Neu-Temernikaja wurden die Soldaten mit Steinen beworfen. Am 21. November wurde im Stadtgarten eine Arbeiterversammlung gesprengt und der Garten geräumt und geschlossen. Doch wird die Arbeit jetzt allmählich wieder aufgenommen. 60 Arbeiter wurden ausgewiesen.

Newyork, 7. Dezember. Der frühere Sprecher des Repräsentantenhauses Reed ist gestorben.

Caracas, 7. Dezember. Der deutsche Kreuzer „Gazelle" ist in La Guaira angekommen.

Bermuda, 7. Dezember. Die britischen Kriegsschiffe „Ariadne" und „Columbine" sind nach Trinidad in See gegangen.

Wahlverein der Liberalen (Freisinnige Vereinigung).

General-Versammlung im Hotel Prinz Albrecht zu Berlin.

Sonnabend, 6. Dezember.

Zugegen sind Delegirte aus 42 Wahlkreisen, u. a. aus: Kiel, Pasewalk, Berlin, Kl. Schmaatz, Landsberg a. W., Damerow i. Meckl., Walkenried, Wiesbaden, Goldberg, Josephsruh, Gotha, Rostock, Wittenberg, Neustrelitz, Köslin, Mönchshagen, Pankow, Posen, Kolberg, Triessees, Breslau, Neumünster, Hamburg, Altona, Dobersaul, Salzbrunn, Danzig, Schwiebus, Wolfswinkel, Güdenhagen, Crettmin, Dessau, Darze, Schneidemühl, Neustadt i. M., Straßburg i. Elf., Marienburg, Toitz, Treplin, Frankfurt a. O., Bremen, Herzberg a. E., Glogau, Blankenhagen, Clausdorf, Crossen, Frauendorf, Magdeburg, Greifswald, Stolpmünde, Heide, Wüstenbilow, Düsseldorf, Conitz, Denkwitz, Lissa, Barmannshagen.

Unter den vielen hochangesehenen Theilnehmern befindet sich auch der greise Professor Mommsen, welcher bei seinem Erscheinen mit lebhaftem Klatschen empfangen wurde und darauf erwiderte: